

Schönburger Tageblatt

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Beiträge sind erwünscht und werden eventuell honorirt. Annahme von Inseraten für die nächstfolgende Nummer bis Mittags 12 Uhr des vorhergehenden Tages.

und Waldenburger Anzeiger.

Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf. Alle Postanstalten, die Expedition und die Colporteurs dieses Blattes nehmen Bestellungen an. Einzelne Nummern 8 Pf. Inserate pro Zeile 10 Pf., unter Eingeladent 20 Pf.

Amtsblatt für den Stadtrath zu Waldenburg.

Nr. 95.

Freitag, den 27. April

1883.

*Waldenburg, 26. April 1883.

Alliance oder Einverständnis?

Eine Woche etwa hat die Frage der Tripel-Alliance in der That Ruhe gehabt, und ist die Discussion darüber von der politischen Tagesordnung abgesetzt worden. Jetzt aber lassen den bekannten Times-Correspondenten in Paris, den „sogenannten“ Monsieur de Blowitz, der schon manches Blaue vom Himmel herunter erkundet hat, was sich hinterher als eitel Erfindung kennzeichnete, die zu erwartenden Vorbeeren nicht mehr schlafen, er muß auch sein Wort dazu geben. Herr de Blowitz reist nach Rom, läßt sich da recht schaffend Weisrauch streuen, und verkündet dann jedem, der es hören will, daß er die tiefsten diplomatischen Geheimnisse der Gegenwart glücklich entdeckt, nämlich, daß ein schriftlicher Alliancevertrag zwischen den drei Mächten Deutschland-Oesterreich-Ungarn-Italien bestünde. So Herr de Blowitz, der es wissen könnte, und dem man gute Informationen zutrauen könnte, wenn er nicht schon früher allzu sehr und allzuoft gesunkert hätte.

Der „Times“-Correspondent behauptet also das Vorhandensein eines geschriebenen Alliance-Vertrages. Daß ihm einer der drei leitenden Minister dieses Allerwelts-Geheimniß unter dem Siegel „der größten Weiterverbreitung“ kundgethan, mag glauben, wer da will; eher ist anzunehmen, daß eine anscheinend wohlinformirte Person dem eiteln Reporter einen gehörigen Pöbel aufgebunden habe, oder aber dieser seine eigene Phantasie zu Rathe gezogen habe. Und daß das Vorlesende oder Lesende der Fall, ist wohl schon deshalb wahrscheinlich, weil plötzlich von allen Ecken und Enden das Vorhandensein eines schriftlichen Vertrages abgeläugnet wird.

Diese Dementis würden an und für sich aber wohl kaum genügen, denn bekanntlich ist bei solchen Anlässen nur zu oft das Gegentheil der Fall von dem, was behauptet wird, hinzu tritt aber noch als gewichtiger Grund für den Mangel eines Vertrages, wie er speciell zwischen Deutschland und Oesterreich besteht, der Umstand, daß eine Nothwendigkeit dazu überhaupt gar nicht vorliegt. Weber Deutschland noch Oesterreich hat es nöthig, die Freundschaft eines dritten Staates nachzusuchen resp. mit demselben einen so innigen Vertrag zu schließen, wie er zwischen ihnen beiden besteht. Das würde sogar fast widersinnig sein, denn die Interessen jener dritten Macht können für die beiden Kaiserreiche niemals denselben Werth haben, wie die eigenen, welche aus der Nachbarschaft Frankreichs und Rußlands hervorgehen. Rücken an Rücken heißt es hier, und dies beiderseitige Zusammenhalten genügt. Eine verbrieft und versiegelte Alliance mit Italien würde also immerhin ein Preisgeben der eigenen gleich bedeuten und eine Garantieübernahme zum Schutze fremder Interessen sein, und zu alledem erscheint Italien kaum der Staat, auf welchen man sich in jeder Gefahr absolut verlassen kann. Von italienischer Dankbarkeit wissen ja auch wir Deutschen ein Lied zu singen.

Diese sehr gewichtigen Thatsachen sprechen gegen das Vorhandensein einer Tripel-Alliance, welche lediglich als Erweiterung des Zweikaiserbündnisses betrachtet werden mußte. Dagegen kann aber sehr wohl, wie es nach den hinlänglich bekannten ministeriellen Erklärungen auch wirklich der Fall ist, ein recht freundschaftliches Verhältnis zwischen den drei Mächten bestehen, durch welches ein vollkommenes Einverständnis über gewisse allen gemeinsame politische Interessen erzielt ist. Ein solches Einverständnis ist aber keine Alliance, wie das Zweikaiserbündnis, welches auf Leben und Tod geht. Herr de Blowitz mag also ruhig sein: Diesmal hat er den

Stein der Weisen nicht gefunden — und vielleicht ist es auch in der Zukunft sobald nicht der Fall.

*Waldenburg, 26. April 1883.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Kaiser wird, wie es heißt, den jetzigen Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, welcher bisher in der preussischen Armee nur den Rang eines Oberstleutnants bekleidete, zum General der Cavallerie und an Stelle seines verewigten Vaters zum Chef des Hann. Husaren-Regimentes Nr. 15 ernennen.

Der Bundesrath hat am Dienstag eine Sitzung abgehalten. In derselben wurde u. A. der Consularvertrag mit Serbien und der Handelsvertrag mit Mexico genehmigt. Beide Vorlagen werden dem Reichstage sofort zugehen.

Minister von Bötticher hat sich in Neapel einer dritten Operation unterwerfen müssen, da sich ein Abscess gebildet. Trotzdem hofft der Minister nächste Woche heimkehren zu können.

Die „Norddeutsche Allgemeine“ klagt schon wieder einmal darüber, daß die ministeriellen Aufgaben die zur Bewältigung derselben vorhandenen Arbeitskräfte übersteigen. Namentlich treffe dies bei den höheren Beamten zu, welche sich in keiner Weise schonten. Es folgt nun eine Krankheitsliste; Der Reichskanzler ist noch immer sehr leidend, Herr von Bötticher ist noch nicht genesen, Staatssekretär Burchardt hat ebenfalls in Italien Erholung suchen müssen. Durch Ueberarbeitung sind die Unterstaatssekretäre Eif und Busch gezwungen, Urlaub nachzusuchen, und jetzt hat sich auch bereits wieder der neuernannte Director im Auswärtigen Amt Herr von Bojanowski von seinen dienstlichen Geschäften zurückziehen müssen. Das ist in der That eine traurige Liste. — Das hochoffiziöse Blatt kommt dann auch nochmals auf die spanische Handelsvertragsverhandlungen zu sprechen und constatirt auf's Neue, daß der spanische Finanzminister der Hauptgegner des Vertrages ist.

Seitens des Reichskanzlers ist dem Bundesrath eine Vorlage zugegangen, welche unter Abänderung der Zollinstruktion die wiederholt laut gewordenen Klagen über die Tarification der Waaren-Umschlüßungen dauernd zu beseitigen bestimmt ist, u. a. heißt es: Gehen zollpflichtige oder zollfreie Gegenstände in äußern Umschlüßungen ein, welche bei den Tarafäden als Verpackung überhaupt nicht vorgehen sind (z. B. Cylinder, Flaschen, Kisten, Fässer u. von Metall, Gutta-percha und dergl.), so sind derartige Colli — einschließlich des Gewichts der Umschlüßungen — nach Maßgabe des Inhalts zu behandeln, sofern jene Umschlüßungen als Fabrik- oder handelsübliche Verpackung anzuerkennen sind. Wird jedoch von den Betheiligten die Netto-Ermittlung der Waare oder die Abnahme einer derartigen äußern Umschlüßung beantragt, oder ist es augenscheinlich, daß letztere nur deshalb als Emballage gewählt ist, um den Zoll zu ersparen, so tritt Nettoverwertung ein, und die Umschlüßung wie die Waare sind, je nach ihrer Beschaffenheit, besonders zu tarifiren. Die innern Umschlüßungen, welche nicht zum Nettogewicht der Waare gehören, sind zollfrei zu belassen, sofern es sich dabei nur um gewöhnliche Umschlüßungen von geringem Gebrauchs- oder Verkaufswert handelt. Haben die Umschlüßungen dagegen an sich einen erheblichen Gebrauchs- oder Verkaufswert, so sind sie ihrer Beschaffenheit nach besonders zu tarifiren und zur Verzollung zu ziehen, sofern nicht der Betheiligte beantragt, dieselben als innere Umschlüßungen,

welche zum Nettogewicht der Waare gehören, zu behandeln zc.

Im preussischen Abgeordnetenhaus stand am Mittwoch der Antrag Windthorst, betr. Straflosigkeit des Messelens und Sakramentespendens auf der Tagesordnung, zu dem die Conservativen einen Vermittlungsantrag eingebracht. Abg. von Schorlemer-Mst bestritt den Antrag, indem er es als ein Nothgesetz bezeichnet, dessen Annahme durch die traurigen kirchlichen Verhältnisse geboten sei. Die Regierung habe aber offenbar keine Neigung, Frieden zu schließen. Minister von Gokler trat dem entgegen, indem er ausführte, daß die Antwort der Regierung auf die letzte päpstliche Note bereits dem Kaiser unterbreitet sei. Er bat aber beide Anträge abzulehnen. Abg. Hänel war für eine Revision der Maigesetze, aber gegen den Antrag, der zu keiner Revision führe, Abg. Stern sprach im Interesse der Gleichberechtigung aller Confessionen dafür, Abg. Macard (cons.) empfahl den conservativen Antrag, während Abg. von Eynern namens der Nationalliberalen dagegen war. Abg. Richter-Hagen beantragte Commissionsüberweisung des Antrages. Es handelte sich hier nicht um eine Kulturfrage, sondern um eine Machtfrage für den Kanzler. Abg. Windthorst war gegen die Commissionsüberweisung, wodurch der Antrag nur verschleppt werde. Minister von Gokler sprach nochmals dagegen und ward darauf der Antrag mit 229 gegen 133 Stimmen abgelehnt.

Oesterreich.

Die Wiener Studentenschaft will den Rednern der Vereinigten Linken gegen die Schulgesetz-Novelle im Abgeordnetenhaus, und zwar den Herren Reichsraths-Abgeordneten: Hofrath Beer, Ritter von Carnerie, Dr. Promberg, Dr. Rehbauer, Professor Dr. Eduard Sueß, Professor Dr. Tomaszev, Dr. Weitlof, ferner dem Reichsraths-Abgeordneten Kowalski einen solennen Facelzug bringen.

Die Abgeordneten nahmen am 25. d. den Paragraphen der Schulnovelle betreffs der Lehrerbildungsanstalten, nachdem der Regierungsvertreter nachgewiesen, daß der Vorwurf der Herabsetzung der pädagogischen Ausbildung der Lehrer vollkommen unbegründet sei, an. Der Paragraph betreffs des Glaubensbekenntnisses der Schulleiter rief eine lebhafte Debatte hervor. Der Unterrichtsminister erklärte, die Novelle sei selbstverständlich nicht rückwirkend. Die Behauptung, dieser Paragraph sei nur eine Abschlagszahlung an die Clerikalen, weise er entschieden zurück. Abg. Sturm erblickt in dem Paragraphen eine Abänderung des Staatsgrundgesetzes. Der Präsident erklärte, er erblicke in demselben keine Abänderung des Staatsgrundgesetzes, er überlasse aber die endgiltige Entscheidung dem obersten Hüter des Gesetzes. Bei namentlicher Abstimmung wurde der Paragraph mit 169 gegen 163 Stimmen angenommen.

Das Vertrauensmännercollegium der deutsch-böhmischen Landtags- und Reichsrathsabgeordneten hat der Vereinigten Linken die Anregung gegeben zu einem Aufrufe an das deutsche Volk und die deutschen Gemeinden, in welchen das einheitliche Verhalten gegenüber der Schulgesetznovelle bezweckt wird.

Hervorragende Rabbiner Galiziens sendeten an die israelitischen Wähler des Städtebezirkes Kolomea-Snyatin ein Schreiben, worin sie vor der Wahl des Baron Komaszkan zum Abgeordneten eindringlich warnen, weil er als Judenfeind bekannt sei.

Frankreich.

Die Deputirtenkammer hat die Convertirungs-

Billige Preise.

an

an